

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 240

Montag, den 14. Oktober 1918

13. Jahrgang

### Erzberger über die deutsche Antwort an Wilson.

Eine neue Kanzlerkrise in Sicht? / Allgemeine Amnestie im Reich für politische Straftaten. / Der neue Statthalter von Elsaß-Lothringen. / Die Tschechen fordern den selbständigen Staat. / Die Massenflucht aus den französischen Städten im Feuerbereich. / Ein Verteidigungsausschuss in Danzig.

#### Die deutsche Antwort an Wilson.

Die Zustimmung zur Räumung. Eine gemischte Kommission vorgeschlagen.

Am Sonnabend ist die Antwort der deutschen Regierung auf die Fragen des Präsidenten Wilson dem Schweizer Gesandten in Berlin zur Übermittlung nach Washington übergeben worden. Die Antwort hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 12. Oktober. (Amtsch.) In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung hat die Sache angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der eingehenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Rundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammentritt einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes. Berlin, 12. Oktober, 1918. (gez.) Goltz, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

#### Staatssekretär Erzberger über die deutsche Antwort.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Herr Staatssekretär Erzberger, Mitglied des Reichstages, empfing den Direktor der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Stollberg, und machte folgende Ausführungen: In der bedeutungsvollen Stunde, in der die deutsche Regierung die Note des Präsidenten Wilson in klaren und loyalen Worten beantwortet, muß das deutsche Volk in einmütiger Geschlossenheit zusammenstehen. Jedermann in Deutschland darf vertrauen, daß unsere Note nur nach gewissenhafter Prüfung aller Möglichkeiten von selten aller zuständigen Stellen beschlossen worden ist. Wer etwa glaubt, daß die Heeresleitung nicht den gleich ausschlaggebenden Anteil an der Antwort hatte, wie die politische Leitung, hat von der Art der hier zu lesenden weltgeschichtlichen Ausgabe nur eine unklare Vorstellung. Der Geist völliger Uebereinstimmung, der die gemeinsamen Beratungen der militärischen Stellen und der Regierung über das Friedensangebot vom 4. Oktober beherrscht, ist auch bei der Feststellung der Beantwortung seiner Rückfrage zutage getreten. Daß die Antwort von einer Regierung erteilt wurde, die, wie die derzeitige, den Ausdruck des Willens der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes darstellt, von einer Regierung, die nicht nur getragen ist von der Mehrheit des Reichstages, sondern die diese Mehrheit selbst verkörpert, wird der deutschen Note Achtung und Glauben verschaffen. Trotz allen Widerstrebens, mit welchem die Entente an die sachliche Würdigung der Neuordnung unserer staatlichen Einrichtungen herantrat, ist nicht zu verkennen, daß die Einsicht langsam Platz greift im Auslande, daß Deutschland ein anderes und daß es aus dem Obrigkeitsstaate zum Volksstaate geworden ist. Es ist aber an der Zeit, daß das deutsche Volk selbst sich der Erweiterung, die seine Rechte auf die Befestigung seiner Geschicke erfahren haben, klar bewußt werde, und daß es sich seiner neuen Rechte wertig sei. Das deutsche Volk hat seine Geschicke in die eigenen

Hände genommen. Diese Umwandlung macht Ruhe, Würde und Besonnenheit zur ersten Pflicht. Wir dürfen dem Auslande nicht den Anblick fieberhafter Spannung und kleinlicher Verzagtigkeit bieten, sondern müssen im Bewußtsein der Kräfte, die noch im deutschen Volke schlummern, den weiteren Schritten Wilsons in kühler Erwartung entgegengehen. Die uns feindliche Welt, gegen die wir uns in einem vierjährigen Kampfe beispiellosen Heldentums behauptet haben, darf nicht glauben, der Deutsche sei schwach geworden, weil er abermals die Hand ehrlich zum Frieden bietet. So wenig wie früher bieten wir die Hand zum Frieden aus Schwäche, sondern in der Ueberzeugung, daß weder der einen noch der anderen Mächtegruppe ein Sieg im Sinne der völligen Niederwerfung des Gegners möglich sein wird. Um eine Fortsetzung des Nordens zu vermeiden, das angesichts dieser klaren Erkenntnis ein verbrecherisches genannt werden müßte, haben wir abermals einen Friedensschritt unternommen. Wir haben ihn unternommen, weil wir überzeugt sind, daß angesichts der tiefgreifenden Veränderungen unserer staatlichen Ordnung einem Zweifel an der früher systematisch bestrittenen Vertrauenswürdigkeit deutscher Friedensangebote kein Raum mehr gelassen ist. Möge daher das deutsche Volk zeigen, daß es sich des Ernstes der Stunde bewußt ist. Möge es mutig, stark und entschlossen und des Opfergeistes würdig sein, den es draußen auf dem Schlachtfelde und zu Hause am heimatischen Herde bisher bewährt hat.

#### Warum wir uns an Wilson wandten!

Der Vizepräsident des preussischen Ministeriums, Dr. Friedberg, erklärte in einer Unterredung mit dem Direktor der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: Sie fragen mich, warum wir uns in unserer ersten Note an den Präsidenten Wilson gewandt haben. Die Antwort liegt sehr nahe. Erstens ist Präsident Wilson derjenige unter unseren Gegnern, der in seiner Rede vom 8. Januar und in seinen späteren Rundgebungen positive Friedensziele aufgestellt hat, während alle anderen sich dazu nicht bereit finden ließen, sondern nur allgemeine Redewendungen gebrauchten. Hier war also ein Anknüpfungspunkt für eine wirkliche Friedensarbeit gegeben. Zweitens aber kam in Betracht, daß die neue deutsche Regierung sich in einem Punkte, und zwar in dem wichtigsten, in voller Uebereinstimmung mit dem Präsidenten Wilson befindet. Sie erstreckt einen Rechtsfrieden und weist jede Art von Gewaltfrieden von sich, ebenso sehr gegenüber den Gegnern, wie sie einem dem deutschen Volke aufgedrungenen Gewaltfrieden mit Ausbleitung der ganzen Volkskraft Widerstand leisten würde. Die jetzige Regierung weiß andererseits, daß sie mit diesem Ziele die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat. Deshalb bestätigt die Antwortnote auf die Wilsonsche Rückfrage noch einmal, daß sie die Sache, welche Präsident Wilson in seinen verschiedenen Ansprachen niedergelegt hat, annimmt, und sie tut das in dem Bewußtsein, Vertreterin der Mehrheit des deutschen Volkes zu sein. Sie fragen mich ferner, was wohl den Präsidenten Wilson veranlaßt haben könnte, die Frage aufzuwerfen, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben. Die Frage ist bei dem Oberhaupt eines großen demokratischen Staates nicht verwunderlich. Ihm liegt nicht nur daran, zu wissen, ob die völkerrechtlich zur Verhandlung berufene Autorität hinter dem Bekenntnis zum Rechtsfrieden steht, sondern ob dies auch die Meinung des deutschen Volkes ist, wie sie durch eine Wehrheitsregierung zum Ausdruck kommen könnte. Daß diese Frage von der jetzigen Regierung mit einem glatten Ja beantwortet werden konnte, liegt auf der Hand. Tatsächlich haben wir jetzt in Deutschland eine Regierung, welche die Einwirkung des Volkes auf die Lenkung seiner Geschicke auf breiter Basis sicherstellt und gewillt ist, in jeder Beziehung eine volkstümliche Regierung zu sein. Ich brauche zum Beweise dafür nur auf die Energie zu verweisen, welche sie in der Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage bewiesen hat. Sie hat es vermocht, in kurzer Zeit die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, und zwar kampflös, zu sichern. Das ist die erste Frucht ihrer Tätigkeit, und sie hat damit den Beweis

erbracht, daß sie die Zusammenfassung aller Volkskräfte auf freier Grundlage als ihr Ziel im Auge hat. Eine derartige Tatsache sollte auch diejenigen im In- und Auslande überzeugen, die etwa annehmen sollten, daß es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Mit der Einführung des gleichen Wahlrechts in dem wichtigsten deutschen Bundesstaat können solche Bedenken ein für allemal als beseitigt gelten.

#### Sanfing über den kommenden Frieden.

Der amerikanische Staatssekretär Lansing erklärte in einer Ansprache: Wenn ein neuer Weltkrieg vermieden werden soll, müssen strenge Gerechtigkeit und das Wohl aller die beherrschenden Gesichtspunkte derjenigen sein, denen die Aufgabe anvertraut ist, den Friedensvertrag zu entwerfen, und während die strenge Gerechtigkeit durch Gnade gemildert werden muß, sollten die Urheber der furchtbaren Verbrechen, welche gegen die Menschheit begangen wurden, nicht vergessen werden. Lansing erklärte ferner in einer anderen Rede, daß die Friedensverhandlungen nahe seien, daß es aber nicht gestattet werden dürfe, daß ein Geist der Rache die Beratungen benachteilige. Solch eine Haltung von Seiten der Alliierten würde den aufrichtigen Geist der Rechtschaffenheit, welcher wesentlich für die Grundlegung eines dauerhaften Friedens ist, erheblich schwächen. Wenn der Krieg gewonnen ist, darf das amerikanische Volk keinen erbarmungslosen Haß gegen diejenigen Fremden hegen, die den militärischen Diktatoren der Mittelmächte gedient haben. Es muß ein Unterschied zwischen den Herren und den Dienern gemacht werden. Es scheint mir die Aufgabe derer zu sein, die auf die öffentliche Meinung Einfluß ausüben, darüber zu wachen, daß diese Leidenschaft die Verwirklichung der Pläne zu einer Neuordnung und Ordnung der Welt, wenn der Friede wiederhergestellt ist, nicht verhindert.

#### Vom französischen Senat.

Nach einer Meldung aus Paris nahm der Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten mit lebhafter Zustimmung die Erklärung des Präsidenten Wilson zur Kenntnis, wonach kein Waffenstillstandsvorschlag gemacht sei, an die Bundesgenossen weitergegeben zu werden, solange die Feinde irgend einen Teil des Landes besetzt hielten. Ferner müsse die Befreiung der unterdrückten Völker vor allem in Armenien und Syrien gesichert werden.

#### Parteilstimmen zur Antwortnote.

Über die Weltlage sagt die „Nationalliberale Korrespondenz“: „Es gewinnt den Anschein, als sei diese Gefraltung noch nicht die letzte Schwierigkeit, vor die wir in welt-politischer Hinsicht gestellt werden. In der Türkei ist Enver Pascha mit seinem treuen Mitarbeiter Talaat Pascha von der Leitung der Geschäfte zurückgetreten, und wenn auch die neue türkische Regierung nicht in dem ausgesprochenen Sinne wie Herr Wallonow der Entente zuneigt, so bedeutet der Regierungswechsel in Konstantinopel doch zweifellos eine weitere Belastung unserer bundesgenössischen Beziehungen. Man mußte mit einer solchen Entwicklung nach dem bulgarischen Zusammenbruch als wahrscheinlich rechnen. Heute haben wir die Gewißheit, daß auch am Marmarameer die Stützen unseres Waffenbruders ins Wanken kommen. Über damit scheint eine Entwicklung, die am Balkan begann, noch nicht abgeschlossen zu sein. Immer bestimmter treten Nachrichten auf, nach denen in Oesterreich-Ostgalien Dammasch und in Ungarn Graf Karolyi demnächst ans Ruder kommen werden. Daß die Staatsformen in Oesterreich und Ungarn mitten in einer völligen Umbildung begriffen sind, wissen wir. Der Gedanke des autonomen Volkes hat dort alle Ausschüß, den Sieg über den geschäftlich gewordenen Jerntrafakt davonzutragen. Es kommen damit in Oesterreich-Ungarn Elemente zum Durchbruch, die alles andere sind, als Anhänger eines Bundes der Mittelmächte. Wenn Herr Dammasch und Graf Karolyi wirklich die Führung in der Doppelmonarchie in die Hand nehmen sollten, so wäre das für uns die Befestigung einer Neuorientierung

Regelungswesen: Die oben angeführte Regelung wird dem Regier. Ausschuss für die Angelegenheiten des Erzgebirges zur Kenntnis gegeben. Die Angelegenheiten des Erzgebirges sind dem Regier. Ausschuss für die Angelegenheiten des Erzgebirges zur Kenntnis gegeben. Die Angelegenheiten des Erzgebirges sind dem Regier. Ausschuss für die Angelegenheiten des Erzgebirges zur Kenntnis gegeben.

Zwickau

Erzgeb.

3 1/2 0/10

n

m-

r etc.

chten

rbig,

nden

allen

rtigt.

ie,

eines

ers

Changgröße

ann Kon-

habt keine

habt nie

na“

halb für

in allen

—Mayer

Mue 1. 4.

!

! nadmt.

5. Wfr.

gentner

ren

ockau

ppau.

recks.

Wirhaar

(auswärtig)

ger,

stutz.

ll,

l. Sa.

beantw.

er,

gen

ubate

rsorge.

ner

sucht.

8 an die

SLUB

Wir führen Wissen.